

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG)

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,

wir Zahnärztinnen und Zahnärzte sichern die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung, präventionsorientiert, qualitativ hochwertig und flächendeckend. Ihren Gesetzentwurf zur Stabilisierung der GKV-Finzen halten wir unter diesen Aspekten für völlig unverantwortlich. Sie gefährden damit die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung.

Die Präventionsorientierung, die gerade erst einvernehmlich auch mit dem Bundesgesundheitsministerium durch die Einführung der neuen PAR-Richtlinie eindrucksvoll belegt wurde, gerät zur Farce, wenn Sie jetzt mit diesem Gesetzesentwurf nachträglich die dazu erforderlichen Mittel streichen. Budgetiert sind diese Leistungen nicht zu erbringen. Die Konsequenzen für die Mundgesundheit unserer Patienten tragen Sie!

Die Qualität der Versorgung in unseren Praxen wird in entscheidendem Maße mitgetragen durch gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal. Genau daran mangelt es schon jetzt. Behandlungszeiten müssen teilweise bereits gekürzt werden. Zusätzliche erforderliche finanzielle Mittel für eine attraktive Vergütung unserer Mitarbeiter sind dringend erforderlich. Die Personalkosten stellen mit Abstand den größten Faktor bei den Kosten in unseren Praxen dar. Statt uns die Möglichkeit zu geben, die erforderlichen Einnahmen zu erarbeiten, wollen Sie ohne erkennbare Begründung unsere Honorierung wieder streng budgetieren und erheblich beschneiden.

Bedroht wird die Qualität der Versorgung zudem durch die derzeitigen immensen inflationsbedingten Preissteigerungen für Materialien und Dienstleistungen in den Praxen. Andere Branchen bekommen dafür steuerfinanzierte Ausgleichszahlungen, wir bekommen Kürzungen der Honorare! Wie wollen Sie das begründen?

Der Erhalt der flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung ist aufgrund der demographischen Entwicklung eine gewaltige Herausforderung. Sie kann nur gelingen, wenn wir junge Menschen für die selbstständige Tätigkeit als Zahnärztin und Zahnarzt begeistern können. Durch die von Ihnen geplante Wiedereinführung und Verschärfung der Budgetierung untergraben Sie diese Anstrengungen und den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag.

Wir fordern Sie unter diesen Aspekten dringend auf, Ihre Verantwortung als Bundesgesundheitsminister genauso ernst zu nehmen, wie wir als Zahnärztinnen und Zahnärzte die Verantwortung für die Versorgung unserer Patienten. Streichen Sie die Budgetierung umgehend aus Ihrem Gesetzentwurf!

Ort, Datum

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift

Praxisstempel: